

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 18

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Interesse daran haben, den Krisenzustand ohne Krieg soweit wie möglich zu verlängern.

Nicht unvorstellbar ferner, dass Saddam Hussein auch Hoffnungen hegte, auch Frankreich würde die Waffenlieferungen an den Irak nicht gänzlich einstellen. Als einziges Land unter den westlichen Industriestaaten lieferte Frankreich nicht weniger als 25 Prozent des irakischen Waffenbedarfs schon im Krieg gegen den Iran und dabei hochwertiges Kriegsmaterial (Mirage-Kampfflugzeuge, Exocet-Raketen usw.). Mitterrands schnelle Entscheidung für die französische Beteiligung an der Wirtschaftsblockade als Antwort auf die irakische Aggression traf Bagdad sehr empfindlich. «Der Irak nimmt mit grossem Bedauern und Erstaunen die Haltung zur Kenntnis, die die französische Regierung eingenommen hat», erklärte der irakische Botschafter in Paris.

So musste es Saddam Hussein wie ein Schock treffen, dass neben den USA auch die gesamte NATO, Japan, die Sowjetunion sowie auch China den irakischen Rückzug aus Kuwait mit einer totalen Waffen- und Wirtschaftsblockade erzwingen wollen. Und der grösste amerikanische militärische Aufmarsch seit dem Vietnam-Krieg in Saudi-Arabien sowie am Persischen Golf mit Beteiligung von ägyptischen und syrischen Truppen und mit Entsendung von Kriegsschiffen aus Grossbritannien, Frankreich, Kanada, Australien und der Sowjetunion macht nun alle Hoffnung Saddams auf die künftige Kontrolle der arabischen Ölfelder durch seine militärische Führungsrolle im Nahen Osten ein für allemal zunichte.

Der irakische Diktator verkannte die amerikanische Toleranzgrenze, wenn es um die Energieversorgung der westlichen Welt geht. Diesen folgenschweren Denkfehler kann Saddam Hussein kaum mehr korrigieren. Sein Machttrieb war doch grösser als sein Verstand. Sein Angebot nach der Annexion, er lasse mit sich über den Abzug aus Kuwait reden, wenn sich die Amerikaner aus Saudi-Arabien, Israel aus den besetzten arabischen Gebieten und die Syrer aus Libanon zurückziehen, signalisiert seine Angst vor einer militärischen Konfrontation und zugleich auch die Bereitschaft, seine ursprünglichen Pläne aufzugeben und den Weg zu Verhandlungen freizuhalten.

Der Irak befindet sich in einer weltweiten Isolierung, und im Sinne der UNO-Sanktionen durch ein Waffenembargo und eine Wirtschaftsblockade könnte man ihn äusserst empfindlich treffen und schliesslich zum Nachgeben zwingen. Die Stilllegung der irakischen Ölexporte durch die Pipelines in der Türkei und in Saudi-Arabien bedeutet für Bagdad einen Verlust von 90 Prozent seiner Deviseneinnahmen (1989 waren es 14 Milliarden Dollar).

Ankara besitzt bei den Wirtschaftssanktionen gegen Bagdad eine Schlüsselposition. Seit dem Krieg mit Iran werden beinahe alle irakischen Einfuhren an Konsumgütern und Rohstoffen durch die Türkei transportiert. Ausserdem liefern die Türken dem Irak einen bedeutenden Teil des Lebensmittelbedarfs sowie von Gebrauchsgütern. Auch Schlachtvieh wurde in grossen Mengen aus der Türkei importiert, Fleisch kam auch aus Brasilien und Australien.

Zurzeit erhält der Irak nur noch über Jordanien Güter. Wenn aber die Wirtschaftssanktionen wirklich greifen, verliert auch das noch offene jordanische Tor (Hafen Akaba) an Bedeutung.

Ob Saddam Hussein als letzte Rettung einen islamischen Aufstand auslösen und dadurch eine Destabilisierung des Nahen Ostens zu seinen Zwecken missbrauchen könnte, bleibt auch deshalb fraglich, weil der besiegte Iran, die Quelle der moslemischen Revolution mit grossem Einfluss auf die schiitische Glaubensrichtung in der ganzen arabischen Welt, trotz des Friedensangebots Saddams ebenfalls den Rückzug Iraks aus Kuwait fordert.

Der Kreis um den Irak schliesst sich durch die Erklärung der israelischen Regierung, wonach Jerusalem bei einer irakischen Überschreitung der irakisch-jordanischen Grenze militärisch nicht untätig bleiben würde. So käme jede neue militärische Aktion des Irak einem Selbstmord gleich.

Für Saddam Hussein gibt es nur noch die Möglichkeit, Terroraktionen gegen Amerikaner und Europäer, gegen Israel und Saudi-Arabien zu organisieren. Dabei kann er offenbar mit der Hilfe von Arafat und dessen palästinensischen Terrororganisationen rechnen. Der PLO-Chef stand von der ersten Stunde an fest auf der Seite des irakischen Machthabers. Sein wirklicher politischer Standort steht nun endlich für jedermann eindeutig fest. ■

LIEBE LESER

Wenn sich Michail Gorbatschow diese Woche mit George Bush trifft, besteht der frühere Antagonismus nicht mehr, und in dieser Hinsicht ist in globalpolitischen Belangen mehr Sicherheit geboten als je zuvor. Aber dafür ist eine neue Unsicherheit da. Man weiss nicht mehr, was die Sowjetunion ist und wieviel von ihr es überhaupt noch gibt.

Mit den Unabhängigkeitsansprüchen von Territorien, die sich entweder überhaupt nicht mehr als Sowjetrepubliken verstehen oder von dieser Sache einen ganz andern Begriff haben als die Moskauer Zentrale, ist die Frage nach dem schieren sowjetischen Territorialbestand formell gestellt. Bis vor einigen Monaten hatte man noch wännen können, der formelle Unterschied sei grösser als der faktische, denn die sowjetische Wirklichkeit dauerte gleichzeitig fort, wenn auch überall in einem angeschlagenen Zustand. Souveränitätserklärungen der einzelnen Gliederungen hatten zunächst einen grundsätzlichen und programmatischen Charakter; die praktische Umsetzung des Vorhabens wurde normalerweise schon vorsorglich und im litauischen Fall nachträglich mit Rücksicht auf die real bestehende Sowjetmacht zum Verhandlungsgegenstand gemacht. Die Suppe, so mochte es scheinen, würde nicht so heiss gegessen wie gekocht.

Aber seither hat auch die praktisch noch vorhandene Sowjetmacht gewaltig erodiert. Ein Grossfaktor dabei ist das Eigenverhalten der Russischen Föderation. Zwischen der UdSSR und der RSFSR besteht ein Kompetenzstreit bezüglich ungefähr aller Angelegenheiten, und das ist noch gelinde gesagt. Wenn zum Beispiel die jeweiligen Präsidenten zusammenkommen, und sei es zwecks koordinierter Lösung der anschwellenden Probleme, tun sie es bereits von gleich zu gleich, und damit ist die gesamtsowjetische Kompetenz schon eher aufgehoben als strittig.

Und gleichzeitig ist die gesamtsowjetische Autorität an der Basis schon in einem unwahrscheinlichen Ausmass dahingeschmolzen. In der UdSSR hat man den obligatorischen Wehrdienst, und in diesen Wochen ist die Rekrutierungsperiode für die Sowjetstreitkräfte. Es stellt sich heraus, dass die Leute weitherum nur noch einrücken, wenn es ihnen passt. In Georgien haben sich weniger als 30 % der Stellungspflichtigen gemeldet, in Armenien genau 7,5 %. Und noch verblüffender ist es eigentlich, dass sogar in einigen russischen Aushebungsbezirken nur knapp zwei Drittel der Wehrpflichtigen einrückten. Was für eine reale Macht verkörpert ein Staat, der sich in diesen Belangen nicht mehr durchsetzen kann?

Christian Brügger